

Tiefrote Zahlen der Stadt Zürich – Ein Sparprogramm wäre angezeigt

Das Budget 2021 der Stadt Zürich sieht gemäss Medienmittelung der Stadt ein Defizit von rund 155,3 Millionen Franken bei einem Gesamtaufwand von 9,114 Milliarden vor. Auch für die Folgejahre plant der Stadtrat mit tiefroten Zahlen. Die sorgenfreien Zeiten sind vorbei – jetzt gilt es, den Gürtel enger zu schnallen.

Auch für die Jahre 2022 bis 2024 übt der Stadtrat keine Zurückhaltung bei den Ausgaben und plant weitere Defizite in der Höhe von 200 Millionen pro Jahr. Es ist absehbar, dass das zweckfreie Eigenkapital von heute 1,4 Milliarden Franken rasch aufgebraucht sein wird. Dass sich der verordnete Corona-Lockdown und die schwere Rezession in den Finanzen niederschlagen, war zu erwarten. Doch jetzt muss gehandelt werden. Die SVP verlangt, dass der Stadtrat das FDP-SVP-Postulat 2020/225, welches für 2022 und die Folgejahre ausgeglichene Rechnungen verlangt, umsetzt.

Doch wo liegt der Grund für diese enormen Defizite? Einerseits müssen für die wachsenden neuen Quartiere neue Schulen und Infrastrukturen gebaut werden – dagegen hat ja niemand etwas einzuwenden, unsere Kinder brauchen den Schulraum und die benötigten Lehrpersonen. Solche Projekte werden richtigerweise auch an der Urne jeweils durch das Volk legitimiert. Somit sollte anderswo gespart werden.

Die viel grösseren Ausgaben entstehen aber bei den soziokulturellen Experimenten der linken Regierung und der enorm wachsenden Stadtverwaltung

Die hohen Ausgaben für weiteres Personal im Sozialdepartement werden während des ganzen Jahres völlig unkritisch vom links-grün dominierten Gemeinderat absegnen. Die linke Seite des Gemeinderates nimmt in den nächsten Jahren einen Zuwachs von weiteren 40 Millionen Franken unhinterfragt hin. Das Wort «Sparen» existiert im links-grünen Vokabular offensichtlich nicht, es wird nach dem Prinzip der Umverteilung politisiert.

Um die Idee der staatlichen Umverteilung besser zu verstehen, muss man weit zurück in der Ge-



schichte. Im 16. Jahrhundert hat sich die Idee des fürstlichen Wohlfahrtsstaates in der damaligen Gesellschaft festgesetzt. Die Herrscher empfanden den Wunsch, ihre Machtposition dazu zu verwenden, die «Glückseligkeit» der Untertanen zu steigern. Wohlgebet: das waren private Initiativen und noch keine von irgendeinem Parlament verordneten Aktionen. Damit wurde aber der Weg zur Staatsintervention ebnet. Die staatliche Gesetzgebung habe «Beglückungsregeln» festzusetzen, dürfe nicht nur physische Sicherheit garantieren, sondern müsse die Untertanen ebenso gegen falsche Bedürfnisse sichern. Der Staat begann also damit, zu bestimmen, was die Bürger als «Glück» zu empfinden haben und begann mit den ersten Ideen der Umverteilung. (Johann Heinrich Jung-Stilling [1792]).

Die linken Politiker stehen ganz in der Tradition der Umverteilungs-ideologie aus dem 16. Jahrhundert

Die heutigen linken Politiker stehen ganz in der Tradition dieser antiquarischen, aber leider weit verbreiteten Ideen. In den kurzen liberalen Epochen, welche diese Staatsinterventionen etwas zurückgedrängt haben, konnte in der Schweiz der heute immer noch bemerkbare Wohlstand geschaffen werden. Dieser Wohl-

stand verschafft unseren Linken heute die Möglichkeit, grosszügige Ausgaben für die Sozialindustrie zu tätigen, mit Geld, das ihnen nicht gehört. Dass diese Umverteilung aber gleichzeitig den Wohlstand vermindert und vor allem der Mittelstand geschwächt wird, will heute kaum mehr ein linker Politiker verstehen.

So kommt es, dass eine mit Feudalherren vergleichbare linke Elite zu wissen vorgibt, was für den Bürger gut ist und wie man den Mittelstand zu besteuern hat, um damit die Sozialindustrie zu finanzieren.

Die Stadtverwaltung ist überproportional gewachsen

Die Ausgaben des Präsidialdepartementes für «Kultur» werden im Gemeinderat ebenfalls durchgewunken. Auch hier stört sich die Linke nicht an Mehrausgaben von 20 bis 40 Millionen pro Jahr. Dabei fragt man sich wirklich, was da für eine Kultur unterstützt werden muss. Kann es sich die Stadt wirklich leisten, Tanz- und Musikangebote als Staatsaufgabe zu deklarieren und «Staatskünstler» wie in der alten DDR grenzenlos durchzufuttern?

Die Stadtverwaltung wuchs in den letzten Jahren (plus zirka 16 Prozent) überproportional zum Bevölkerungswachstum (plus zirka 8 Prozent). Zusätzlich werden

noch weit über 50 Millionen Franken für Hunderte von externen Experten ausgegeben. Stellt die Stadt die falschen Leute an?

Wer den aktuellen Budgetvorschlag und die Finanz- und Ausgabenplanung des linken Stadtrates liest, bekommt den Eindruck, dass die Stadt im Keller einen Goldesel hat. Verglichen mit den Steuereinnahmen von rund drei Milliarden Franken stehen die 9,1 Milliarden budgetierten Ausgaben in keinem gesunden Verhältnis.

Ein Umdenken im liberalen Sinn wäre dringend nötig, damit wir den letzten Rest unseres Wohlstandes und unseren Mittelstand noch retten können. ■



Johann Widmer,
Gemeinderat,
Präsident SVP 10

E guets Neus!

Das Jahr 2020 wurde von einem Virus dominiert, der das öffentliche und private Leben beschlagnahmte. Es fanden kaum Veranstaltungen statt und sogar die Generalversammlung der SVP Kreis 10 musste erstmals auf schriftlichem Weg abgehalten werden. Der Vorstand der SVP-Kreispartei 10 wünscht allen Bewohnerinnen und Bewohnern des Kreises 10 eine besinnliche Weihnachtszeit und ein gutes neues Jahr. ■

Redaktionelle Beiträge von



Die Partei des Mittelstandes

SVP: Bürgerliche Politik – kompetent und konsequent.

www.svp-zuerich10.ch